



**Berichte  
der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung  
Band 40**

**Joachim Bitterlich**

**Die Europäische Union:  
Krise ohne Ende – oder?**

**Vortrag anlässlich des 4. Mastertages 2017  
in der Hochschule des Bundes  
für öffentliche Verwaltung**

Brühl / Rheinland 2018

## **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-938407-87-5

ISSN 0946-2988

Druck: Statistisches Bundesamt  
Zweigstelle Bonn

Impressum:  
Hochschule des Bundes  
für öffentliche Verwaltung  
Willy-Brandt-Straße 1  
50321 Brühl

[www.hsbund.de](http://www.hsbund.de)

## Inhalt

Geleitwort	7
I. Wo steht Europa heute?	9
II. Wege aus der Krise	14
III. Einige Gedanken zu großen Sachthemen	17
IV. Gibt es einen „Plan B“?	21
V. Schlussfolgerungen aus deutscher Sicht	24
Über den Autor	27



## Geleitwort

Die Europäische Union kämpft derzeit mit den größten Herausforderungen ihrer Geschichte. Oder, um *Konrad Adenauer*, den ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, zu zitieren: „Die Lage war noch nie so ernst!“

Die Gründe dafür sind vielfältig:

- Der Zustrom von Hunderttausenden Flüchtlingen stellt den Zusammenhalt in der EU auf eine schwere Probe. Eine politische Einigung zur europaweiten Verteilung Asylsuchender ist nicht in Sicht. Beim Schutz der Außengrenzen hapert es. Es droht deshalb der Zerfall des eigentlich grenzkontrollfreien Schengenraums.
- In dramatischen Verhandlungen zur Rettung Griechenlands vor dem Staatsbankrott wurde 2015 zwar ein Auseinanderbrechen der Eurozone noch verhindert. Das hoch verschuldete Griechenland ist aber immer noch nicht über den Berg und benötigt weiterhin horrende Finanzhilfen.
- Im Juni 2016 haben die Bürger des Vereinigten Königreiches über die größte Schicksalsfrage ihrer Nation seit dem Zweiten Weltkrieg entschieden. Und dabei mit knapper Mehrheit für einen Austritt aus der Europäischen Union gestimmt. Das wird weitreichende Konsequenzen für Großbritannien selbst haben, aber auch für die EU und für Deutschland.
- Immer häufiger können sich nicht alle EU-Mitglieder auf eine gemeinsame Linie einigen. Hinzu kommen Spaltungstendenzen in einzelnen EU-Staaten wie etwa in Spanien.
- Des Weiteren verändert sich das außen- und sicherheitspolitische Koordinatensystem fundamental: Die Europäer werden sich erstmals nicht mehr auf eine berechenbare Führung aus den USA verlassen können.

Ist die EU daher mit ihrem Latein am Ende? Droht gar der „Zerfall der Europäischen Union“, wie der Titel einer Publikation der Stiftung Wissenschaft und Politik aus Berlin lautet?

Spannende und uns alle tangierende Fragen, auf die Professor *Joachim Bitterlich* anlässlich des 4. Mastertages 2017 an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung Antworten zu geben versucht hat. Sein Vortrag wird nachfolgend einer interessierten Leserschaft zugänglich gemacht.

Brühl, im Februar 2018

Prof. Dr. *Thomas Sauerland*  
Wissenschaftlicher Leiter der  
Abteilung Masterstudiengang

# I. Wo steht Europa heute?

## 1.

Aus übereinstimmender Sicht aller Beobachter war 2016 für Europa ein schlimmes Jahr. *Jean-Claude Juncker* sprach von einer „in Teilen existentiellen Krise“. Die Prognosen für 2017 scheinen besser, weniger düster – manche sprechen dennoch von einem Schicksalsjahr: Europa auf dem Wege zum Neubeginn oder am Anfang vom Ende?

Dabei wird Europa seit einem Jahrzehnt im Krisen-Management-Modus geführt – auf Ebene der Staats- und Regierungschefs, assistiert von den Finanzministern. Erinnern wir uns an die drei „Krisen-Wellen“, die uns bis heute verunsichern und in keiner Weise erledigt sind. Wir haben in manchen Bereichen durchaus Fortschritte erzielt, sind aber auch dort nicht wirklich über den Berg.

Zunächst

- die Bankenkrise, importiert von außen, die schonungslos die Schwächen unseres „Systems“ zu Tage förderte;
- die Wirtschafts- und Finanzkrise; im Grunde zunächst nicht eine Euro-Krise, sondern vielmehr eine Krise zu hoher Verschuldung einzelner Länder bzw. eine Krise ihrer „Wirtschaftsmodelle“, wie zum Beispiel Irland, Portugal, Spanien, Griechenland oder Italien.

Dann die unerwartete Rückkehr der „Geopolitik“.

- Die gravierende Fehleinschätzung der Amerikaner und Europäer in Bezug auf die Entwicklung der Ukraine – und vor allem in Bezug auf Russland;
- die Zuspitzung im Mittleren Osten als Folge politisch verfehlter, missglückter Interventionen der Amerikaner, wie dann auch der Franzosen und Briten im Irak bzw. in Libyen und der sich daraus ergebenden Akzentuierung des Konflikts in Syrien, der bei frühzeitigem Eingreifen der Amerikaner und Russen wohl vielleicht vermeidbar gewesen wäre;
- damit zusammenhängend die vornehmlich europäische Fehlinterpretation der „Arabellion“, irrtümlich für einen „Arabischen Frühling“ gehalten;

- die Wiederkehr von Terrorismus: Al Quaida bzw. IS und deren „Spielarten“ mit Auswirkungen bis hin in den Sahel-Gürtel und in das Herz Europas;
- die Schwierigkeiten im Umgang mit der Flüchtlingswelle, die nur höchst schwierig kontrollierbar erscheint und unsere Schwächen schonungslos aufdeckt.

Und zuletzt

- die Entwicklung in der Türkei nach oder besser: schon weit vor dem gescheiterten Putschversuch;
- „Brexit“ – das missglückte Referendum im Vereinigten Königreich mit heute weder dort noch hier klar abzusehenden Konsequenzen;
- die neuerlichen Debatten um die Konsequenzen der Globalisierung, insbesondere um den Freihandel, vornehmlich um TTIP, gewürzt durch das Intermezzo um CETA, das Abkommen mit Kanada, das wahrscheinlich beste Handels- und Investitionsabkommen, das die Europäische Union je abgeschlossen hat;
- die zunehmende Verunsicherung in Europa um Referenden und Wahlen in einzelnen Ländern mit dem Aufstieg populistischer, nationalistischer Strömungen und Parteien (siehe Österreich und Italien)
- oder jetzt die Unsicherheit nach der Wahl von *Donald Trump* in den USA mit seinem Slogan „America first“ in einer Wahl gegen das politische Establishment unter dem Vorzeichen „68“ – nur mit umgekehrten Konsequenzen.

## 2.

Heute steht Europa wirtschaftlich und konjunkturell zum Teil noch auf wackligen Füßen. Einiges hat sich verbessert. Die Arbeitslosigkeit hat überwiegend leider zu wenig abgenommen. Die Welt der Finanzen und die Bankenszene bleiben nicht nur in Italien, sondern auch in Deutschland verunsichert.

Dennoch scheint sich Europa wieder zunehmend in die Hand zu nehmen, daher auch die optimistische Prognose von *Jean-Claude Juncker* vor dem Europäischen Parlament.

Die Europäische Zentralbank versucht, dem unverändert hoch volatilen Finanzmarkt wie der bislang zu niedrigen Inflation bzw. deflationären Tendenzen beizukommen. Ihr Vorgehen ist und bleibt hoch umstritten. Sie schlüpft nolens volens zum Teil aufgrund der Abwesenheit von Politik in deren Rolle!

Sie jedoch als „politisierte Zentralbank“ zu bezeichnen, so *Holger Steltzner* in der F.A.Z., ist unsinnig. Die Bundesbank war in ihren Glanzzeiten nicht weniger politisch. Stattdessen würde ich gerne in der gleichen Tageszeitung lesen, wo – realistisch betrachtet – die besseren Alternativen, wirksamere und vor allem auch akzeptable wie durchsetzbare Rezepte sein sollen?

Sorge bereitet mir eine andere deutsche Instanz, die sehr nach dem Motto zu handeln scheint „Am deutschen Rechtswesen soll die Welt genesen“ – als ob gerade die jetzige Politik der Europäischen Zentralbank vom Recht sinnvoll erfasst werden könnte.

Dies schließt das Verhältnis zwischen Bundesverfassungsgericht und Europäischem Gerichtshof ein. Es kann wohl schlecht angehen, lapidar festzustellen, wie *Andreas Vosskuhle* es tut: „Es ist wie in einer guten Ehe: Wir lassen offen, wer das letzte Wort hat.“ Ich würde lieber aus Karlsruhe etwas vom „judicial self-restraint“ bzw. eine sinnvolle Hilfe zur Abgrenzung und Zuordnung nationaler und europäischer Kompetenzen hören!

Es ist zudem die geopolitische Krise, die uns in den letzten Jahren letztlich zunehmend verunsichert hat. Die Stichworte sind bekannt: Terrorismus, Flüchtlingswelle, Syrien – eine Mittelmeer- und Nahostregion aus den Fugen, ein „gestörtes“ Verhältnis zu Russland, ein neuer Kalter Krieg?

Die Verunsicherung um die Konsequenzen der amerikanischen Wahl kommt hinzu. *Donald Trump* scheint weder Interesse an Europa geschweige denn Verständnis für uns zu haben. Was kommt da noch auf uns zu? Verabschiedet sich nach hundert Jahren aktiver Implikation in Europa der Garant von Freiheit, die Schutzmacht, der Wegbereiter der europäischen Integration?

Man könnte daraus folgern, dass damit die traditionelle strukturelle politische Instabilität Europas wieder da ist – mit der Kernfrage der Suche nach Dominanz zur Herstellung von Stabilität – eine Frage, die wir mit und dank der europäischen Integration überwunden glaubten.

Dominanz scheinen in der europäischen Nachbarschaft plötzlich andere Akteure besorgen zu wollen, neue „Allianzen“ schälen sich heraus, wie jüngst das Trio Russland – Iran – Türkei in Sachen Syrien bei Abwesenheit der USA und von Europa! Oder Saudi-Arabien auf der arabischen Halbinsel!

All diese Krisen – diese „Weltunordnung“ – verlangen an sich handlungsfähige Regierungen, angesichts der Tragweite der Herausforderungen gestützt auf eine möglichst breite Mehrheit, ja einen Konsens – das scheint in vielen Staaten eine Illusion zu sein!

Einerseits scheint es vielerorts an politischem „leadership“ zu fehlen. Andererseits sprechen viele heute zudem zu Recht von einer Krise der Demokratie, der Staaten, der „governance“. Der Graben zwischen Politik und Bevölkerung, Politik und Wirtschaft wird tiefer und breiter. Verunsicherung, ja Angst über eine Lage, die außer Kontrolle scheint, eine Höchststrafe für jeden Politiker oder Manager. All dies verstärkt den Hang, den Reflex zu Protektionismus, zu Populismus, zur Rückkehr zum Nationalismus.

Hinzu kommt allseits eine große Allergie gegen Veränderungen gleich welcher Art – frei nach dem Motto: Wir sind alle für Reformen, aber ändern soll sich nichts, allenfalls bei den andern! Und das Ganze mitten in einem für Europa typischen Jahr mit Wahlen in Schlüsselländern, daher auch die mediale Überhöhung zum Schicksalsjahr!

Es begann mit der Wahl des Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz, einem eher traurigen Kapitel, das weniger mit Politik denn mit Eitelkeiten zu tun haben schien.

Die italienische Regierung steht wie immer am Abgrund, aber bislang noch nie gefallen! Man hat ganze Mannschaften ausgewechselt! Italien, seine Finanzwelt, wackelt, steht nicht solide. Italien wird alles tun, um sich – wie so oft – durchzumogeln und Fehler bei anderen suchen. Doch bitte nehmen wir Italien ernst und nicht als „fünftes Rad am Wagen“!

Am 15. März 2017 folgten die Niederlande – und alle Meinungsumfragen spekulierten nur noch über die Höhe des Sieges der extrem rechten PVV unter *Wilders*. Es ging anders aus als von vielen befürchtet! Aufatmen allerseits!

Frankreich stand dann und steht im Grunde im Mittelpunkt des Interesses aller: 23. April und 7. Mai 2017 Präsidentenwahl, dann vier Wochen später am 11. und 18. Juni 2017 Parlamentswahlen. Das Ergebnis hat uns ebenfalls beruhigt – ein jugendlicher Präsident, der es geschafft hat, mit einem Anlauf von nur einem Jahr und mit Hilfe seiner Bewegung „en Marche“ die klassischen Parteien und deren Führer aus dem Feld zu schlagen. Er steht vor einer gewaltigen Herausforderung. Das Land muss nach zehn und mehr verlorenen Jahren endlich die Kurve bekommen. Auch nach den ersten rund hundert Tagen von *Emmanuel Macron* bin und bleibe ich zuversichtlich. Die Weichen stehen eindeutig auf Veränderung, ja einen grundlegenden Neuanfang!

In Deutschland begann der „Wahlzirkus“ im März 2017 (Saarland), am 7. Mai 2017 folgte Schleswig-Holstein, eine Woche später Nordrhein-Westfalen. Die Bundestagswahl wird am 24. September 2017 folgen, eine neue Regierung wird es dann erfahrungsgemäß vor Weihnachten geben!

Über die aktuellen Herausforderungen hinaus haben wir vielleicht zwei Problemkomplexe lange nicht ernst genug genommen:

- Einerseits die Konsequenzen der Globalisierung, die – zusammen mit dem Internet, der Digitalisierung („world in time“) – zunehmend Angst macht. Was ist darin noch unsere Zukunft? Nur Dienstleistung oder auch bzw. und Industrie? Wie sollen Handels- und Investitionsbedingungen künftig aussehen? Heben Internet und soziale Netze unsere bisherigen inneren demokratischen Systeme aus den Angeln? Welche Rolle hat der Verbraucher – „gläserner Mensch“?
- Andererseits die Konsequenzen der europäischen „Revolution“ des Jahres 1989/90 – seither suchen die Großen (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) ihren Platz und ihre Rolle. Deutschland der „reluctant hegemon“ – der widerwillige, zögerliche Hegemon, oder derjenige, der das am liebsten nicht will,

aber in diese Rolle geschoben wird, und der von den Partnern mehr und mehr als „Besser-Wessi“ empfunden wird und leicht daneben langt – zusammen mit Brüssel ein bequemer und verlässlicher Sündenbock?

Die europäische Krisen- und damit Veränderungs- und Reformagenda ist eindrucksvoll, ja bedrückend, die europäischen Regierungen kommen mühsam voran, sie scheinen sich „durchzuwurschteln“, man fährt „auf Sicht“, pragmatisch-kurzfristig.

Wir scheinen zudem die Fähigkeit zur Außenpolitik verloren zu haben – mit andern zu sprechen, zuzuhören, seine Perzeption zu begreifen, mit ihm bei allen Differenzen tragfähige Lösungen zu suchen.

Kompass und Vision scheinen abhandengekommen zu sein! Auch wenn gerade in einer solchen komplexen Herausforderung auch eine große Chance zur Erneuerung und Korrektur liegt!

## **II. Wege aus der Krise**

### **1.**

Es ist unbestritten. Nach einem Jahrzehnt der Krisen bedarf die Europäische Union dringend der Konsolidierung, der Wiederherstellung eines Minimums an Kohäsion nach innen. Die EU braucht hierfür in Wahrheit ein Minimum an Geduld und Zeit!

In diesem Sinne waren die Agenden der Regierungschefs von Bratislava wie der Folgeräte wie auch die jüngsten Papiere der Europäischen Kommission erste Schritte in die richtige Richtung. Spätestens im Frühjahr 2018 sollte ein klarer, verständlicher Kompass für die kommenden Jahre folgen!

Es gilt – frei nach *Barak Obama* – das Prinzip „strategischer Geduld“: die Wahlen in Frankreich und Deutschland abwarten und Ende 2017 oder Anfang 2018 entscheiden, welche wichtigen, größeren Schritte man zusammen gehen kann und will.

Entscheidend für die Zukunft der Europäischen Union wird sein, wie sie mit Fragen der inneren und äußeren Sicherheit, mit ihrer Nachbarschaft im Osten und Süden, und vor allem, wie sie mit der „wirtschaftlichen Selbstbehauptung“ umgehen wird!

Ich denke einerseits bewusst an Fragen der polizeilichen Zusammenarbeit, an „Europol“, an Frontex, an eine wesentlich engere Zusammenarbeit der Armeen hin in Richtung auf eine europäische Armee bzw. einen „europäischen caucus“ in der NATO, an das Verhältnis zu den Nachbarn, zu Nordafrika, zu Afrika insgesamt, zu Russland, zur Türkei bzw. dem Iran. Und selbstverständlich andererseits an die wirtschaftlich-politische „Selbstbehauptung“ Europas in einer Weltwirtschaft, in der die Konkurrenz zunehmend härter und schärfer wird.

## 2.

Diese Agenda klingt einfach, sie ist jedoch in Wahrheit anspruchsvoll! Wesentlich ist dabei, Effizienz und Lösungskompetenz zu beweisen und zugleich verlorenes Vertrauen wieder zu gewinnen! Lassen Sie mich zunächst zu dieser grundlegenden Frage nur einige Gedanken, wohl durchaus verbunden mit Tabubrüchen, erläutern.

*Erstens:* Der Beweis von Effizienz und Lösungskompetenz kann nur dann gelingen, wenn sich die Europäische Union künftig auf das wesentliche konzentriert. Was sind aber die „Essentials“? Wenn man einfach jeden bittet, sein wichtigstes Thema aufzulisten, dann wird die Liste schnell zu lang!

Daher meine Aufforderung an Mitgliedstaaten, Kommission und Europäisches Parlament: Jeder für sich sollte diese Bereiche verständlich benennen und hinzufügen, welche Bereiche, Verordnungen und Richtlinien sofort ersatzlos gestrichen werden und an die Mitgliedstaaten zurückgegeben werden sollten! Die Kommission hat einige Vorleistungen erbracht, jetzt sind die Mitgliedstaaten an der Reihe!

Diese Debatte sollte in Kenntnis einer Ausarbeitung geführt werden, die der wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments vor einiger Zeit vorgestellt hat – über die Kosten des Nicht-Europa! Das Europäische Parlament hat es bis heute nicht für notwendig gehalten, darüber eine Woche echter Plenardebatte zu führen. Stattdessen hat es zunehmend an Linie und Glaubwürdigkeit verloren. Der Streit um die Aufteilung der Präsidentschaft schien wichtiger zu sein als inhaltliche Arbeit.

Kurzfristig wird diese Aufgabe nicht zu leisten sein, sie sollte aber parallel die Arbeiten der kommenden Jahre „begleiten“.

*Zweitens:* In diesem Zusammenhang müsste endlich eine zweite Diskussion geführt werden, und zwar über unser Verständnis von „nationaler Souveränität“! Ein hoch brisantes Thema für alle, gerade für uns Deutsche nicht zuletzt angesichts der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, aber auch für die Franzosen und andere.

Die Ablehnung weiterer Übertragung von Souveränität, von nationalen Kompetenzen an „Brüssel“ ist heute weit verbreitet. Nur: Was ist unser heutiges Verständnis von Souveränität? Gibt es nicht bestimmte Bereiche, wo wir unsere Kräfte bündeln müssen, um überhaupt effektiv und effizient Souveränität auszuüben, um Souveränität zurück zu gewinnen? Eklatantes Beispiel – die Polizei im Kampf gegen das internationale Verbrechen, Terrorismus oder Schutz der Außengrenzen!

Muss dies unbedingt „Abgabe“ an Brüssel bedeuten oder sollten wir nicht nach einer neuen Form der Bündelung suchen, eine Art gemeinsame Ausübung, statt sofort in das klassische ideologische Grundraster „Vergemeinschaftung“ oder „zwischenstaatliche Zusammenarbeit“ zu fallen?

*Drittens:* Effizienz und Lösungskompetenz muss auch an „Legitimität“ denken! Mir ist erst in den vergangenen Jahren mehr und mehr bewusst geworden, dass die Legitimität des Europäischen Parlaments beschränkt ist und bleiben wird. Wir sollten, auch wenn es dadurch komplexer wird, die nationalen Parlamente stärker in die Verantwortung einbeziehen! Aber wie?

Zusätzlich oder anstelle der nationalen Instanzen eine zweite Kammer für bestimmte Bereiche mit bestimmten Mehrheitsregeln oder eine gemischte Kammer für besondere Themen? Ich denke naturgemäß an die Euro-Zone, aber auch an die beiden anderen Schlüsselbereiche.

*Viertens:* Effizienz und Lösungskompetenz muss auch bedeuten, dass man das Wort „Subsidiarität“ endlich ernst nimmt und es zu Ende denkt. Ich meine damit die Priorisierung „von unten“, d. h. regionaler, ja auch in gewisser Weise kommunaler Zusammenarbeit.

Warum sind zum Beispiel Frankreich und Deutschland nicht in der Lage, die Grenzregionen zu ermutigen, in bestimmten Bereichen wie Verkehr, Transport, Infrastruktur, Hochschulen und Forschung, Gesundheitswesen, Arbeitsverwaltung ihre „Souveränität“ gemeinsam auszuüben. Sie könnten – von Brüssel anerkannt und besonders gefördert – ein europäisches Labor bzw. eine Modellregion „Europa im Kleinen“ bilden? Für die Berliner und Pariser ist ein solches Nachdenken, ein solches Modell ein Gräuel – ist es aber nicht einer der Wege, die wir künftig gehen müssen, um Europa besser zu verankern?

A propos Subsidiarität – sie hat auch immer etwas mit Bürokratie und bürokratischer Kontrolle zu tun. Immer wieder hört man, dass die EU-Kommission daran nicht schuldlos, letztlich verantwortlich sei. Die Kommission „Stoiber“ kam aber in den vergangenen Jahren zu der wenig verbreiteten Schlussfolgerung, dass es gerade wir Deutsche sind, die den Hang haben, Richtlinien bis hin zur bürokratischen Überperfektion auszubauen! Wir sind insoweit Spitzenreiter, gefolgt von unseren Nachbarn im Westen!

### **III. Einige Gedanken zu großen Sachthemen**

#### **1.**

„Innere Sicherheit“ einschließlich „Immigration, Asyl und Flüchtlinge“ wäre an sich ein seminarfüllendes Thema. Es wird zurzeit „dank“ Terrorismus und Konflikten in der Nachbarschaft wieder entdeckt. Die Zukunft von „Schengen“ im weitesten Sinne kann – in der Perzeption unserer Bevölkerungen – entscheidend für die Zukunft der europäischen Integration sein.

In Wahrheit haben wir über 25 Jahre verloren. *Helmut Kohl* hatte die entsprechenden Vorschläge in den Jahren 1988 und 1991 auf den Tisch gelegt, sie scheiterten an der Engstirnigkeit von nationalen Bürokratien.

Aber auch heute geht es in Wahrheit noch viel zu zögernd voran. War es damals der Ressortegoismus, so sind heute der gut gemeinte Datenschutz wie auch das Eigenleben der verschiedenen Nachrichtendienste unser bester Feind! Falsch verstandene Souveränität und mangelnde Effizienz wären richtige Stichworte!

Die Deutschen müssen versuchen, 16 Bundesländer mit den Zentralinstanzen aufeinander abzustimmen. Zu viel Föderalismus behindert!

Im Zentralstaat Frankreich ist es genau umgekehrt und genau so schwierig: *Emmanuel Macron* unternimmt es gerade in einer beispiellosen Kraftanstrengung, 16 verschiedene innere und äußere Nachrichtendienste, die natürlich von verschiedenen Ministerien abhängen, mit Hilfe einer zentralen Koordinierung im Elysée-Palast effizienter werden zu lassen.

Experten stimmen hinter vorgehaltener Hand darin überein, dass vielleicht 40 Prozent des Notwendigen erreicht ist! Wer die Praxis miterlebt, ist oft genug bestürzt! Wir sollten das Dringende tun und zugleich eine Agenda „Schengen 2020 bzw. 2025“ auf das Gleis setzen!

Ich arbeite zurzeit mit dem österreichischen Innenministerium als „Sparring-Partner“ an einer Überprüfung der Methoden und an einem neuen Ansatz:

- Weg von der sechsmonatigen Präsidentschaft hin zu einem gemeinsamen Approach von vier und mehr aufeinander folgenden Präsidentschaften! Warum kommt das erst jetzt?
- Und möglichst systematische, ja automatische Zusammenarbeit unter uneingeschränkter Einbeziehung von Polizei und Nachrichtendiensten (einschließlich Ausbildung).

## 2.

Auch in Bezug auf die „gemeinsame äußere Sicherheit“ ist Bewegung, vielleicht wie noch nie zuvor, entstanden. Auch hier ist es an sich nicht besonders schwierig, zumindest unter denjenigen, die dies wollen, eine gemeinsame „road map“, einen Arbeitskalender zunehmend engerer Zusammenarbeit für die nächsten Jahre zu entwickeln.

Diese müsste die Gemeinsamkeiten weiter entwickeln, von der gemeinsamen Aufklärung, Planung, Führung in bestimmten Bereichen, bis hin zu gemeinsamer Ausrüstung, Ausschreibung und Einheiten – und selbstverständlich einem gemeinsamen Verständnis über den Einsatz und den Export von Ausrüstung! In Wahrheit haben wir alle keine andere Wahl! Das sind die Kernelemente künftigen Handelns!

Das Papier, das die beiden französischen und deutschen Verteidigungsminister im letzten Jahr vorgelegt haben, enthält eine Reihe guter Ansätze, auf denen man aufbauen kann. Ähnliches gilt für die jüngsten Vorschläge der Kommission.

Ich bin froh darüber, darin zunehmend Gedanken einer „road map 2020“ wiederzufinden, die ich im Rahmen eines Werkes zum zehnjährigen Geburtstag der European Defence Agency vor gut drei Jahren entwickelt habe. Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit im Bereich von Sicherheit und Verteidigung, die entsprechend einem deutsch-französischen Vorschlag bis Ende 2017 als Grundlage für das zukünftige Zusammenwirken stehen soll, wird mit Sicherheit dazu beitragen, die weitere Vertiefung zu beschleunigen.

Achtung, seien wir uns bewusst: Den weitesten Weg müssen dabei wir Deutsche gehen! Uns steht insoweit eine echte „Reifeprüfung“ bevor.

Am Ende eines solchen Prozesses könnten dann die Staats- und Regierungschefs der beteiligten Länder entscheiden, ob sie noch einen Schritt weitergehen und eine „gemeinsame europäische Armee“ schaffen. Die Regierung *Trump* bedeutet hier einen erneuten „Weckruf“ seitens unserer amerikanischen Freunde – sie wird hoffentlich dazu beitragen, diesen Weg zu beschleunigen!

All dies ist keine Politik zur Schwächung der NATO. Im Gegenteil, wir kümmern uns um unsere Belange – und die Amerikaner werden uns hoffentlich dabei auch in Zukunft die politisch-militärische Absicherung liefern!

### **3.**

Ein Wort zur Außenpolitik – von einer gemeinsamen Politik sind wir weit entfernt, vielleicht weiter als wir dies in der Zeit um Maastricht waren. Damals war sich eine breite Mehrheit über vitale Interessen und Prioritäten einig! Warum haben wir in den letzten Jahrzehnten gerade die Fähigkeit zum strategischen Denken in der Außen- und Sicherheitspolitik verlernt? Warum diese Häufung von Fehleinschätzungen?

Unsere Außenministerien scheinen sich in der Angst vor Brüssel, vor einer „Enteignung“ einig zu sein. Sie tun sich schwer mit mehr

Gemeinsamkeit und laufen hilflos hinter der Entwicklung her. Ein EU-Haushaltskommissar und die Schaffung entsprechender institutioneller Vorkehrungen konnten daher nicht der große Wurf sein, im Gegenteil! Aber warum sind wir nicht einmal in der Lage, jeweils den besten Kenner unter uns mit einer bestimmten Frage, mit einem bestimmten Konflikt zu betrauen? Das kann ein einzelner Mitgliedstaat sein, eine Gruppe. Das kann aber auch Brüssel sein.

Ein zudem dringendes Beispiel stellt die Lage auf dem Balkan dar. Unsere fehlende kohärente politische Linie ist uns zuletzt im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise mehr als deutlich geworden. Warum erteilt der Europäische Rat nicht einem seiner Mitglieder ein „exploratorisches“ Mandat, wesentliche Elemente einer künftigen Balkan-Politik zu erarbeiten?

Und warum sind wir nicht in der Lage, eine neue, eine gemeinsame Entwicklungspolitik, insbesondere eine Afrika-Politik zu entwickeln, eine Politik, die unsere Kräfte in Sachen Entwicklung, Handel, Sicherheit bündelt?

#### 4.

Last, but not least: Die „Selbstbehauptung“ Europas in einer globalisierten multipolaren Welt ist für mich das Schlüsselwort in Sachen Wirtschaft. Und da gibt es zunächst für mich ein europäisches Grundproblem – eine Mischung aus Bürokratie, Überregulierung, verdecktem Protektionismus und mangelndem Verständnis für unsere gemeinsamen vitalen Interessen. Dies betrifft die Entfaltung der Wirtschaft auf allen Ebenen wie auch den Schutz unserer Interessen nach außen.

Es betrifft unseren französischen Nachbarn, aber auch uns selbst! Kehren wir vor unserer eigenen Haustür. Ein Beispiel sei genannt. Ich bin kein Gegner der angestrebten „Banken-Union“ in Europa, im Gegenteil.

Vor einigen Monaten traf ich in Berlin zwei intime Kenner unseres Bankensystems. Deren Analyse über Rolle und Zukunft des Bankensystems angesichts einer überbordenden und in sich oft widersprüchlichen Regulierung war für mich bestürzend. Deren übereinstimmen-

des Fazit: Eine bessere Regulierung war im Lichte der Bankenkrise notwendig, nur heute scheinen die Banken weder in der Lage, das Gestrüpp sich aus verschiedenen Quellen häufender, aber in sich widersprüchlicher „Compliance“-Vorschriften und Maßgaben noch einigermaßen nachzuvollziehen, geschweige denn ihre Aufgabe der Versorgung der Wirtschaft mit Krediten zu erfüllen!

Wirtschaft braucht Handlungsfähigkeit und Vertrauen, eine zumindest mittelfristige Sicherheit – sie will und muss wissen, welches die Rahmenbedingungen zur Sicherung ihrer europäischen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit sind. Dies betrifft die „Strukturen“, in denen Wirtschaft operiert – sprich Steuern, Abgaben, Bürokratie, Löhne, Pensionen, Verhältnis zu Gewerkschaften, aber auch den Binnenmarkt, die internationale Offenheit.

Und unsere deutsche Wirtschaft ist als exportorientierte Wirtschaft insofern abhängiger als andere in Europa. Achtung – wir sollten uns Gedanken machen, ob unsere Exportabhängigkeit nicht inzwischen zu stark geworden ist und sie uns zum Nachteil gereichen könnte. Dies zumal es Anzeichen einer Abschwächung des Exports gibt.

#### **IV. Gibt es einen „Plan B“?**

Für die Wirtschaft sind die Themen USA, Asien und zukünftig auch Afrika wesentlich. Die Vorgänge um CETA wie wohl um TTIP, aber auch Streitigkeiten mit China oder die Russland-Sanktionen bereiten daher schlaflose Nächte.

Das bedeutet für mich auch, dass die Wirtschaft, ob sie dies mag oder nicht, politischer Akteur ist und sich als solcher auch verhalten sollte! Man nennt dies „corporate political responsibility“.

Für die Wirtschaft ist es besonders wichtig, dass die Grundparameter „zu Hause“ – in Deutschland wie in Europa – in Ordnung sind. Das beginnt mit dem Euro, das umfasst den Binnenmarkt wie auch vergleichbare Wettbewerbsbedingungen auf dem „Heimmarkt“.

Dies bedeutet einerseits ein gemeinsames „level playing field“, gleiche oder vergleichbare Wettbewerbschancen für alle. Dies bedeutet, dass sich die EU stärker als „Schutz“ unserer Wirtschaft und ihrer Zukunft begreifen muss. In diesem Sinne müsste z. B. das Wettbewerbs-

recht überprüft, das Unternehmenssteuerrecht angenähert, wenn nicht harmonisiert, Übernahmen strategisch wichtiger Unternehmen durch Drittstaaten geprüft werden.

Genauso wichtig wäre es, Missstände im sozialen Bereich abzustellen, wie z. B. im Hinblick auf die lückenhafte Anwendung der Entsende-richtlinie oder sich einem Thema stärker zu widmen, das mir im Ausland oft genug vorgehalten wird: Deutschland habe mit die niedrigste Zahl an Arbeitslosen, aber dafür ein erschreckendes Anwachsen des Risikos von Armut!

Dies bedeutet aber auch andererseits, dass wir Strukturreformen dort anpacken müssen, wo wir uns schwer tun. Das betrifft zum Beispiel die Grundlagen digitalisierter Wirtschaft, wo viel geredet wird, aber in der Sache zu wenig passiert. Das gilt auch für das Thema Aus- und Fortbildung. Viele beneiden uns um das System der dualen Ausbildung, aber dies ist auch nur ein Teil des Ganzen. In Europa ist es aufgrund all dieser Fragestellungen im Interesse aller mehr denn je notwendig, zumindest über vergleichbare Wettbewerbsbedingungen zu verfügen.

Wir müssen uns vor allem ernsthaft darum kümmern, dem Euro die langfristige Sicherheit zu verleihen. Schritte rückwärts in Richtung nationaler Lösungen, Protektionismus gefährden ihn, daher müssen wir endlich einen Weg effizienterer „Begleitung“ des Euro durch die Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Haushaltspolitik finden und sichern.

Wir brauchen in Wahrheit eine neue „konstruktive Koexistenz“ zwischen der nationalen und europäischen Ebene! Weder die Kommission allein noch ein EU-Finanzminister schaffen das! Und seien wir uns bewusst, unsere Staaten, allen voran Frankreich und Deutschland, wollen nicht weitere Kompetenzen an Brüssel abgeben. Daher gilt es, ein echtes politisches Miteinander neu zu denken und in die Tat umzusetzen.

Brauchen wir nicht eine Art „Vorstand“ oder „steering bzw. executive committee“ als Koordinierungs- und Lenkungsorgan mit einem gewählten Vorsitzenden, mit besonderen Rechten seitens einiger Mitglieder? – Wir vergessen sehr leicht, dass Deutschland und Frankreich 60 Prozent des europäischen Bruttoinlandprodukts verkörpern! Ich

sollte den Vorsitzenden nicht „Finanzminister“ nennen, man würde damit nur ein falsches, irreführendes Bild setzen.

Im Übrigen wäre es selbstverständlich für mich, dass der Präsident der Europäischen Zentralbank jederzeit dabei sein kann, wenn er dies für wesentlich erachtet – aber nicht muss! Erstaunlich, dies wäre nicht weit von unserem deutschen „prae-Maastricht habitus“ entfernt!

Bedarf es nicht längst der klaren Weichenstellung hin zu einem „EWF“, einem Europäischen Währungsfonds? Wir haben für Notfälle mit dem ESM insoweit die notwendige Grundlage, auf die wir uns stützen können und die entsprechend ausgestaltet werden könnte. Zumindest für die erste Dekade sollte er unter voller Kontrolle der Finanzminister bleiben.

Und sollten wir nicht daran denken, als konjunktureller Puffer wie auch als Unterstützungs- und Begleitungsinstrument unsere EU-Strukturfonds zu nutzen? Natürlich müssten sie, ähnlich wie 1988, in Bezug auf ihre Orientierungen überprüft und wesentlich gestärkt und konzentriert werden. Die Staats- und Regierungschefs wie die Finanzminister sollten sich einmal die Mühe machen, den ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten *Felipe Gonzalez* anzuhören, der uns 1988 in seiner Weitsicht den „Kohäsionsfonds“ eingebrockt hat – zu Recht!

Brauchen wir ferner nicht eine klare parlamentarische Kontrollinstanz der Eurozone? Eine zweite Kammer bestehend aus Vertretern der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments? Eine Debatte, die uns nach der Bundestagswahl entschieden fordern wird!

Es gibt ein weiteres Thema, das langsam auf unseren Radar kommt – und das man lieber frühzeitig als in letzter Minute angehen sollte: Der künftige EU-Haushalt! Der zuständige EU-Kommissar *Günther Oettinger* hat die Mitgliedstaaten schon darauf hingewiesen, dass ihm – bei einem bisherigen Volumen von 155 Mrd. EUR/Jahr – ab 2020 rund 20 Mrd. EUR fehlen werden: Die eine Hälfte ist Folge des „Brexit“; die andere Hälfte besteht aus neuen Herausforderungen der EU. Das ist eine Deckungslücke von rund 13 Prozent.

„Einsparungen“ und „Umschichtungen“ könnten die Lücke zumindest zum Teil schließen, sind aber ein höchst unbeliebtes Mittel. Einige meinen, man könne die Ausgaben für die Landwirtschaft kürzen. Die

Blicke werden sich daher auf Deutschland richten – „Austerität“ oder großzügige Öffnung?

Ich gehe von einem heftigen Verteilungskampf aus: Ost gegen West, Süd gegen Nord – Deutschland gegen den Rest, eine Verhandlung, die man besser nicht aus der Defensive führt ...

## **V. Schlussfolgerungen aus deutscher Sicht**

### **1.**

Frankreich und Deutschland sind gerade in dieser Lage besonders gefordert! Und daraus folgt, dass wir uns mit den Franzosen ernsthaft über alle diese Fragen austauschen und auseinandersetzen müssen – nicht mehr aneinander vorbeireden, sondern wirklich zur Sache diskutieren und das Machbare herausfiltern!

In vielen Fragen unseres europäischen Grundverständnisses – einschließlich und vor allem in Bezug auf den Euro, die Eckpunkte der Wirtschafts- und Währungsunion bestehen heute Missverständnisse, ja auch ernste Divergenzen zwischen unseren Ländern. Höchste Zeit für ein echtes Nachdenken, für ein „reset“!

Unser Nachbar hat in vielen Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik einen erheblichen Reformstau und -bedarf. Die Franzosen haben die letzten 20 Jahre zum Teil verschlafen, bei uns war diese Periode etwas kürzer! Ein schwaches Frankreich kann nicht in unserem – und erst Recht nicht im europäischen Interesse sein! Wir sind hier beide nicht exklusiv, sondern im Sinne des Ganzen gefordert! Mit *Emmanuel Macron* hat Berlin endlich wieder einen echten Partner in Frankreich und auf europäischer Ebene, verlässlich, fordernd, konkret, anstrengend, aber dies ist die Mühe wert!

Im Innern hat *Macron* die Beratungen über seine erste Priorität sofort aufgenommen: die überfällige Reform des Arbeitsrechts, sehr geschickt eingeleitet durch Konsultationen auf mehreren Ebenen mit einem intensiven Arbeitsplan durch die Sommerpause und dem Ziel, bis Ende September ein erstes Bündel aufs Gleis zu setzen. Im Herbst soll dann der zweite Teil, die Reform der Arbeitslosenversicherung, folgen, Anfang 2018 die Reform des Rentenrechts. Sein Ziel ist klar, er will Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen – hierzu

muss er Frankreich in den fünf Jahren seines Mandats „auf den Kopf stellen“.

Natürlich braucht er hierfür ein Maximum an Freiheit gegenüber den Gewerkschaften, die das Land immer noch lahmlegen können. Er muss sie auf der einen Seite „ködern“, um auf der anderen Seite ihnen Dinge abverlangen zu können. Alles wird er nicht durchsetzen können, es müssen „gefühlte 51 Prozent“ sein! Vergessen wir nicht, das Zeitfenster, das ihm die Stimmung lässt, ist begrenzt. Gerade in dieser innenpolitisch psychologisch so wichtigen Phase braucht er positive Begleitung, bitte aber keine Belehrungen durch die europäische, vor allem durch die Berliner Front! Das gilt auch für die Defizitgrenzen!

Ich habe keine Zweifel, dass er zu seinem Programm steht, er jedoch ein Maß an Flexibilität und an moralischer wie sachlicher Unterstützung braucht, um es in Etappen in die Tat umzusetzen. Er kennt uns, er kennt Berlin, die Bundeskanzlerin und *Wolfgang Schäuble*. Er ist sich – aus der gemeinsamen Arbeit in den letzten Jahren – bewusst, was er von uns erwarten kann und was nicht. Ich frage mich manchmal, ob das umgekehrt den Berlinern genauso bewusst ist? Parallel hat er sich dann im Juli gemeinsam mit Berlin auf drei Schwerpunkte verständigt: Sicherheit, Investitionen und Euro-Zone.

## 2.

Die Europäische Union hat viele schwache Punkte, aber auch in vielen Feldern enorme Stärken! Sie braucht sich aber nicht zu verstecken.

Richtig ist natürlich auch: Wir müssen sie stärker auf das wesentliche konzentrieren! Ersparen wir uns dabei „ideologische“ Debatten. Für den Bürger kommt es darauf an, dass die EU in effizienter Weise Lösungen anbietet und unterstützt. Dritte halten uns immer wieder vor, Europa ist und bleibt weltweit das größte Projekt für Frieden, Demokratie und Wohlstand!

Die EU braucht mehr Mut, Zutrauen in die eigenen Fähigkeiten, eine gewisse Vision, einen klaren Kompass. Mit Selbstvertrauen und Stolz kann sie anknüpfen an eine Erfolgsgeschichte von über 60 Jahren – sonst werden uns unsere Kinder zu Recht vorhalten, wir hätten dies leichtfertig verspielt!

Die europäische Integration war und ist eine „einzigartige Zivilisationsleistung“, die durch pure Einsicht hergestellt worden ist, so der österreichische Bundespräsident *Van der Bellen* jüngst in Alpbach. Auch und gerade wir Deutsche sind bisher mit und dank Europa gut gefahren. Europa ist Grundlage der deutschen Erfolgsstory!

Wir Deutsche müssen unsere Verantwortung als Führungsmacht ernst nehmen, uns nicht verstecken, offener an diese Komplexe herangehen. Dies betrifft die Außen- und Sicherheitspolitik wie die Wirtschafts- und Finanzpolitik! Aber bitte nicht nach dem Motto „Am Deutschen Wesen soll Europa, die Welt genesen“ oder ewige „Besser-Wessis“!

*Helmut Kohl* hat uns in den 1990er Jahren vorgelebt, wie man Europa voranbringt, wie man dies macht – zu führen, ohne dass es ein anderer merkt bzw. dass es andere sogar begrüßen! Geduld mit Europa brauchen wir, aber Kulturpessimismus oder Angst kann nicht unsere Antwort sein. Packen wir es endlich an – wir schaffen es, wenn wir es nur wollen!

Gemeinsam mit Frankreich und *Emmanuel Macron* – nutzen wir diese Riesenchance! Beziehen wir Deutsche darin die neue Generation europäischer Politik um *Emmanuel Macron* ein – mit, wie mir französische Freunde sagen, *Angela Merkel* als Patin!

## Über den Autor

Professor *Joachim Bitterlich* ist Jurist und war Diplomat. Nach dem Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und einem Zusatzstudium an der französischen Elitehochschule „École nationale d’administration“ trat er 1976 in den Auswärtigen Dienst ein. Er war mehr als elf Jahre enger Mitarbeiter von Bundeskanzler Helmut Kohl, zunächst für Fragen der Europapolitik, sodann von 1993 bis 1998 als Leiter der Abteilung für Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik im Bundeskanzleramt.

Nach dem Regierungswechsel 1998 wurde er zunächst Botschafter der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO und im Anschluss deutscher Botschafter in Spanien. 2002 versetzte ihn der damalige Außenminister Joschka Fischer aus politischen Gründen in den einstweiligen Ruhestand.

*Joachim Bitterlich* ist heute u. a. Honorarprofessor an der ESCP Europe Paris, der einzigen europäischen Business School mit Campus in Paris, Berlin, London, Madrid, Turin und Warschau.

## **BERICHTE (ISSN 0946-2988)**

1. **Fischer**, Walter: Die Ausbildung im Fach Datenverarbeitung an den Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung des Bundes und der Länder. 1983. 111 S. Vergriffen.
2. **Fischer**, Walter: Anwendung von Informationstechnik in der Verwaltungsausbildung. 1984. 54 S. Vergriffen.
3. **Schmahl**, Hans-Ludwig: Methoden und Arbeitstechniken in der öffentlichen Verwaltung. 4. überarb. Aufl. 1989. 61 S.
4. **Buschmann**, Horst: Ausländer und Verwaltung. Bestandsaufnahme über das Lehrangebot an den Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland. 1984. Getr. Zählung. Vergriffen.
5. **Buschmann**, Horst: Das Zivilrecht in der Ausbildung an den Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst. 1985. 142 S. Vergriffen.
6. **Kranz**, Ursula: Verfahren und Modelle der hochschuldidaktischen Weiterbildung. 1987. 68 S. Vergriffen.
7. **Verwaltung** und Verwaltungsausbildung in den USA. Rupert Eilsberger (Hrsg.). 1988. 142 S. Vergriffen.
8. **Staats-** und verwaltungsrechtliche Probleme der deutschen Einheit. Fortbildungsveranstaltung vom 23.-28.9.1992 in Biesenthal. 1993. 79 S. Vergriffen.
9. **Hansen**, Klaus, und **Kreppel**, Peter: Fortbildung als Einigungskunde: Erfahrungen aus 10 Fortbildungskursen der FH Bund für Probebeamte aus den neuen Bundesländern. 1994. 61 S. Vergriffen.
10. **Studentischer** Widerstand gegen das NS-Regime: Die Weiße Rose. Ein Projekttag. Horst Schuh (Hrsg.). 1994. 38 S. Vergriffen.
11. **Lang**, Eckart: Wegbereiter des modernen Haushaltsrechts. 1994. IV, 41 S. Vergriffen.

12. **Möllers**, Martin: Didaktische Aspekte zum Studium in bürgernaheer Verwaltung. 1994. X, 11-97 S. Vergriffen.
13. **Dulisch**, Frank: Standards für wissenschaftliche Hausarbeiten. 1995. 39 S. Anl. 1-3. ISBN 3-930732-04-1. Vergriffen.
14. **Möllers**, Martin: Ansätze zu einer Didaktik der Rechtswissenschaft an Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung. 1995. 81 S. ISBN 3-930732-03-3. Vergriffen.
15. **Dulisch**, Frank: Einsatz von Skripten an Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung. 1995. 55 S. ISBN 3-930732-05-X.
16. **Schmahl**, Hans Ludwig: Entwicklungen des Ausländer- und Asylrechts in Deutschland. 1995. 74 S. ISBN 3-930732-09-2. Vergriffen.
17. **Fischer**, Walter: Öffentliche Betriebswirtschaftslehre. Tatsächliche und geplante Studienangebote deutscher Fachhochschulen. Stand: Herbst 1994. 1995. 114 S. ISBN 3-930732-10-6. Vergriffen.
18. **Saligmann**, Jürgen: Die Verfassung Perus. Ein Vergleich. 1997. 64 S. ISBN 3-930732-12-2.
19. **Projektarbeit** in Gedenkstätten. Methodische Überlegungen und praktische Erfahrungen. Eine Tagung in Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen. Hrsg.: Ursula Blanke und Horst Schuh. 1995. 67 S. ISBN 3-930732-15-7. Vergriffen.
20. **Verwaltungsreform**. Stichworte, Einwürfe, Argumente. Heinz-Peter Gerhardt, Hans-Peter Schwöbel (Hrsg.). 1996. 132 S. ISBN 3-930732-22-X. Vergriffen.
21. **Schmahl**, Hans Ludwig: Der verwaltungsrechtliche Vertrag. 1997. 51 S. ISBN 3-930732-29-7. Vergriffen.
22. **Gerhardt**, Heinz-Peter: Zur sozialen Kompetenz von Bundesbeamten. 1998. 125 S. ISBN 3-930732-34-3.
23. **Leipelt**, Detlef: Bericht über einen Praxisaufenthalt bei der Koordinierungs- und Beratungsstelle der Bundesregierung für Informationstechnik in der Bundesverwaltung im Bundesministerium des Innern. 1998. 61 S. ISBN 3-930732-35-1.

24. **Umsetzung** der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur weiteren Entwicklung der verwaltungsinternen Fachhochschulen. Dokumentation der Beschlüsse des Senats der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung. 1999. ISBN 3-930732-50-5.
25. Die **Europäische** Union an der Schwelle des 3. Jahrtausends. Kolloquium anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens der Fachhochschule des Bundes am 20. Oktober 1999. Hans Ludwig Schmahl (Hrsg.). 2000. 70 S. ISBN 3-930732-60-2. Vergriffen.
26. **Europa-Aufbau-Studium** mit Master-Abschluss. Ein Entwurf des Zentralbereichs der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung. Hans Ludwig Schmahl (Hrsg.). 2000. 74 S. ISBN 3-930732-65-3. Vergriffen.
27. **Evaluation** an der FH Bund. Frank Dulisch / Friedhelm Linssen / Hans Gerd Reiter (Hrsg.). 2001. 46 S. ISBN 3-930732-72-6.
28. **Schmidt**, Manfred: Polizei und Islam: Ratschläge für die polizeiliche Praxis. Mit einem Vorwort von Heinz-Peter Gerhardt. 2001. 74 S. ISBN 3-930732-74-2. Vergriffen.
28. **Schmidt**, Manfred: Polizei und Islam: Ratschläge für die polizeiliche Praxis. Mit einem Vorwort von Heinz-Peter Gerhardt. 2. überarb. Auflage 2002. 81 S. ISBN 3-930732-82-3. Vergriffen.
29. **Schorr**, Annette: Nutzung von PC und Internet. Ergebnisse einer Befragung von Studienanfängern der FH Bund in Brühl. 2003. 54 S. ISBN 3-930732-84-X.
30. **Evaluation** an der FH Bund. Konzepte und Ergebnisse aus den Fachbereichen. Sven Max Litzcke / Friedhelm Linssen / Frank Dulisch (Hrsg.). 2004. 329 S. ISBN 3-930732-95-5.
31. **Schmahl**, Ludwig: Bundesbeamte und Europafähigkeit. Vorträge im Rahmen des Masterstudiengangs „Europäisches Management“. 2004. 42 S. ISBN 3-938407-00-X. Vergriffen.
32. **Lehre** an der FH Bund zukunftsfähig gestalten. Ergebnisse der Studienplankommission. Sven Max Litzcke / Friedhelm Linssen (Hrsg.). 2005. 74 S. ISBN 3-938407-06-9.
33. **Eckpunkte** und Kernelemente für Bachelorstudiengänge der FH Bund. Empfehlungen der Studienplankommission. Rainer Al-

- brecht / Friedhelm Linssen (Hrsg.). 2006. 80 S. ISBN 3-938407-15-8.
34. **Integration** von Migranten. Intentionen, Programme, Perspektiven. Ludwig Schmahl (Hrsg.). 2007. 118 S. ISBN 978-3-938407-19-6.
  35. **Beschorner**, Jürgen: Die neuen Bildungsprogramme der EU. Beteiligungskonzepte für Hochschulen. 2008. 50 S. ISBN 978-3-938407-28-8.
  36. **From Migrant to Citizen: Questioning and Learning in Lisbon.** Heinz Peter Gerhardt (Ed.). 2008. 99 S. ISBN 978-3-938407-30-1.
  37. **Leppik**, Sabine: Die dienstliche Beurteilung aus rechtlicher Sicht. 2010. 44 S. ISBN 978-3-938407-42-4.
  38. **Reiter**, Hans Gerd: Human Resource Management und Führungskultur in Mittel-und Osteuropa. Eine kritische Standortbestimmung nach gut 20 Jahren Transformation. 2011. 50 S. ISBN 978-3-938407-50-9.
  39. **Möllers**, Martin H.W./van Ooyen, Robert Chr.: Politik –Verfassung – Polizei. Publikationsbericht Nr. 1 aus den Staats- und Gesellschaftswissenschaften des Fachbereichs BPOL. 2015. 145 S. ISBN 978-3-938407-71-4. Nur online verfügbar.